

## Informationen aus Bruderparteien

### JSP setzt begonnenen revolutionären Weg fort

(NW) In Aden, der Hauptstadt der Volksdemokratischen Republik Jemen, fand vom 11. bis 16. Oktober 1985 der III. Parteitag der Jemenitischen Sozialistischen Partei (JSP) statt. Vor den 426 Delegierten konnte der wiedergewählte Generalsekretär Ali Nasser Mohammed eine erfolgreiche Bilanz der politischen und ökonomischen Entwicklung, des Landes ziehen. Die JSP als führende politische Kraft des Landes hat sich gefestigt, ihrer Einheit und Geschlossenheit als Voraussetzung für das weitere erfolgreiche Voranschreiten wird große Bedeutung beigegeben.

Im Ergebnis einer kritischen Analyse des Erreichten sieht die einstimmig gebilligte Direktive für den 3. Fünfjahrplan 1986 bis 1990 vor, die produktive Basis zu erweitern, die nationalen Ressourcen stärker zu mobilisieren und die ökonomische Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten weiter zu festigen. Die Durchsetzung der führenden Rolle des staatlichen Sektors ist dabei eine Schlüsselfrage. Bedeutsam ist die Orientierung auf die stärkere Anwendung wissenschaftlicher Leitungsmethoden auf allen Gebieten.

Einmütig unterstützte der Parteitag die jüngsten Friedensinitiativen der Sowjetunion und verurteilte die geplante Militarisierung des Kosmos und die imperialistische Konfrontationspolitik. Die sowjetischen Vorschläge für eine Nahostregelung wurden begrüßt. Die JSP will ihre Bemühungen um die Aktionseinheit aller progressiven und patriotischen Kräfte der Region zur Abwehr der imperialistischen Anschläge fortsetzen. Gegenüber den Nachbarländern wurde auf die Politik der friedlichen Koexistenz und des Dialogs orientiert.

Als strategische Zielsetzung unterstrich der Parteitag die Vervollendung der national-demokratischen Revolution mit sozialistischer Perspektive in der Volksdemokratischen Republik Jemen. Dies kann nur unter der Führung der Partei erfolgen, die den wissenschaftlichen Sozialismus zur Grundlage ihrer Politik erklärt hat.

Mit seinen Beschlüssen hat der III. Parteitag der JSP die Voraussetzungen geschaffen, um den im Parteiprogramm von 1978 vorgezeichneten Weg trotz aller Schwierigkeiten und imperialistischer Anfeindungen weiter erfolgreich fortzusetzen. Auf dieser Grundlage werden sich auch die engen freundschaftlichen Beziehungen der Volksdemokratischen Republik Jemen zu den sozialistischen Staaten kontinuierlich vertiefen.

### MPLA - Partei der Arbeit vor ihrem II. Parteitag

(NW) Für den 2.-10. 12. 1985 hat die MPLA-Partei der Arbeit ihren II. Parteitag einberufen. Der I. Parteitag, auf dem sich die MPLA-PdA als Avantgardepartei konstituierte, fand im Dezember 1977 statt.

Die Vorbereitung auf den II. Parteitag prägt gegenwärtig das gesellschaftliche Leben in der Volksrepublik Angola, die vor wenigen Tagen den 10. Jahrestag ihrer Unabhängigkeit beging. In den Mittelpunkt der Beratungen der Wahlkonferenzen auf Provinz- und Kreisebene rückten die Verteidigung des Landes, die Vervollkommnung des Staatsaufbaus und der politischen Machtorgane des Volkes, die Durchsetzung der führenden Rolle der Partei sowie die sozialökonomische Lage und die Weiterentwicklung der Wirtschaftspolitik. Die Delegierten können sich bei der Lösung der komplizierten Aufgaben der gesellschaftlichen Umgestal-

tung und der Abwehr der Angriffe der inneren und äußeren Reaktion auf die von der Parteiführung herausgegebenen Thesen zum II. Parteitag stützen.

Eine wichtige Etappe in Vorbereitung des II. Parteitages der MPLA-PdA war die Nationale Parteikonferenz zu Beginn dieses Jahres, auf der die Aufgaben der Partei in den wichtigsten Bereichen beraten und beschlossen wurden.

### Konsultativtreffen von Parteien der Karibik

(NW) Im August hatten 9 kommunistische, revolutionär-demokratische und antiimperialistische Parteien des karibischen Raumes, deren Delegationen am XXII. Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei Guyanas teilnahmen, ein Konsultativtreffen. Sie erörterten die gefährliche Entwicklung der internationalen Lage, die vor allem auf die feindseligen Aktivitäten der Reagan-Administration gegen die Kräfte des Sozialismus, der nationalen Befreiungsbewegung und des sozialen Fortschritts zurückzuführen ist. Die Teilnehmer kritisierten scharf das Handelsembargo Washingtons gegen Nicaragua sowie die Unterstützung der nikaraguanischen Konterrevolutionäre durch die USA und verurteilten die feindseligen Militärmäner in unmittelbarer Nähe zu den Landes- und Seegrenzen Nikaraguas. Sie bekundeten ihre Solidarität mit der kubanischen, nikaraguanischen und surianischen Revolution sowie mit den Freiheitskämpfern der FMLN/FDR von El Salvador. Es wurde die Ansicht bekräftigt, daß die Auslandsschulden der lateinamerikanischen Länder annulliert werden müssen und daß eine neue internationale Wirtschaftsordnung als Voraussetzung des ökonomischen Überlebens der Länder der dritten Welt errichtet werden muß, wie es die Regierung Kubas und Regierungschef Fidel Castro forderten.